

Deutschland braucht eine Bildungsrevolution

vom: 16-09-09

Rede in Hamburg am 16.09.2009

Es gilt das gesprochene Wort!

"Bildung ist eine Schicksalsfrage für Deutschland. Bildung muss deshalb überall auf Platz Eins der politischen Agenda gesetzt werden", formulieren BDA und BDI. Bildung ist in aller Munde. Die Kanzlerin proklamierte im Sommer 2008 die Bildungsrepublik und lud die Ministerpräsidenten zum Gipfeltreffen in Berlin ein.

Wie steht es wirklich um die Bildungsrepublik Deutschland?

Wer im globalen Wettbewerb bestehen will, muss den besten Köpfen mit den kreativsten Ideen optimale Rahmenbedingungen bieten, um Beschäftigung und Wohlstand langfristig zu sichern. Die Qualität des Bildungssystems und der Forschungslandschaft haben hierauf einen entscheidenden Einfluss.

Alle Untersuchungen zeigen: Deutschland braucht eine "Fitnesskur"!

Die Leistungselite ist zu klein und die Zahl der Leistungsschwachen und Benachteiligten zu groß. Wenn es der Kanzlerin auf dem bevorstehenden Bildungsgipfel nicht gelingt, die Weichen grundsätzlich neu zu stellen, dann bleibt die Bildungsrepublik ein Traum.

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verfügt die heutige Generation der 25- bis 35-jährigen über deutlich geringere Bildungsabschlüsse als die Generation der jetzt 45- bis 55-jährigen. Dies ist ein dramatischer Nachteil auf unserem Weg von einer Industrie- zu einer Informations- und Wissensgesellschaft.

Nach einer von Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Befragung von 1.500 Bundesbürgern hält jeder Zweite das deutsche Bildungssystem für ungerecht - ein dramatischer Tiefpunkt für ein Land, in dem Chancengleichheit zu den gesetzlich verbrieften Grundrechten gehört. Wir leben in einem Land, in dem rund 80-Tausend Schüler im Jahr noch nicht einmal einen Schulabschluss schaffen.

Hinzu kommt: Die Chancen für Kinder aus sozial schwachen Familien, auf das

Gymnasium zu gelangen, sind zwar in den letzten Jahren etwas besser geworden, können aber immer noch nicht befriedigen. Dementsprechend lag im Jahr 2006 die Wahrscheinlichkeit für ein Akademikerkind eine Oberschule zu besuchen immer noch 2,7mal höher, als die für ein Kind ohne entsprechenden Hintergrund.

Die demographische Entwicklung in Deutschland verschärft die Defizite innerhalb unseres Bildungswesens. Im Jahr 2009 verließen fast 40.000 weniger Schulabgänger als im Vorjahreszeitraum die Schulen und dieser Trend wird sich, auch wenn dies derzeit durch die doppelten Abiturjahrgänge kaschiert wird, unweigerlich fortsetzen. Zwar bemühen sich immer mehr Jugendliche um die Aufnahme eines Studiums, doch wir müssen die Übergangsquoten von der Schule bzw. im Anschluss an eine berufliche Ausbildung an die Hochschule noch weiter steigern, wenn wir in der Wissensgesellschaft langfristig konkurrenzfähig bleiben wollen.

Angesichts des demographischen Wandels, der gestiegenen Ansprüche und Erfordernisse einer Wissensgesellschaft, welche sich auch auf den Bereich der beruflichen Bildung auswirken, ist es

eine gesellschaftliche Verpflichtung und Notwendigkeit dafür zu sorgen, dass unser Nachwuchs bestmöglich gefördert wird und möglichst niemand auf der Strecke bleibt. Denn wir können es uns schlichtweg nicht leisten, dass Jugendliche mangels Ausbildungsreife am Zugang zum Berufsbildungssystem scheitern. Gerade deswegen müssen wir sicherstellen, dass insbesondere Schulen, die traditionell den Brückenschlag zum System der beruflichen Bildung bilden, bessere Förderbedingungen erhalten und eine sehr starke Berufsorientierung zum Regelfall wird. Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining müssen ebenso eine Rolle spielen wie die Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken.

Wir brauchen mehr individuelle Persönlichkeits- und Begabtenförderung an Stelle eines teuren Reparaturbetriebes für Schul- und Ausbildungsabbrecher.

Die jüngste von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebene Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln macht deutlich, dass wir Milliardenbeträge bei den Integrationskosten einsparen könnten, würden wir die Kinder in Kindergärten und Schulen frühzeitig fördern und fordern. Die mangelhafte Integration junger Menschen in die Arbeitswelt verursacht ganz erhebliche gesellschaftliche Folgekosten. Durch grundlegende bildungspolitische Weichenstellungen könnten für die Jahre 2007 bis 2015 insgesamt 13,4 Milliarden Euro an direkten und 15,9 Milliarden Euro an indirekten Kosten bei der Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung eingespart werden. Hinzu kämen durch den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen von gering qualifizierten Arbeitnehmern Wertschöpfungspotenziale in Höhe von 21,5 Milliarden Euro.

Für eine zukünftige Bildungsrepublik stellt sich auch die Frage, ob eine Bildungsbürokratie von 16 Bundesländern und dem Bund -also 17mal Kultusbürokratie- nicht jegliche Lernmotivation und Kreativität von Lehrenden und Lernenden erdrückt?

Im Gutachten "Bildung neu denken! Das Finanzkonzept" von namhaften Bildungswissenschaftlern, wie unter anderem Professor Lenzen, dem Präsidenten der Freien Universität Berlin, erstellt, klingt es noch viel drastischer:

"Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist zu konstatieren, dass weder eine Verteilungsgerechtigkeit in Hinblick auf die Bildungsabschlüsse, noch eine Bildungsqualität, die Deutschland international wettbewerbsfähig macht, erreicht wurden." Diese Leistungsungerechtigkeit gipfelt in dem jüngsten Beschluss des rot-roten Senats in Berlin, 30% der Plätze an Gymnasium per Los zu vergeben. Wer sich als Schüler nicht anstrengt kann dann immer noch auf Glück beim "würfeln" hoffen.

Das Staatsversagen ist als primäres Versagen an folgenden Tatsachen abzulesen:

- die Organisationsstrukturen des Bildungssystems sind ineffizient und ineffektiv
- die Qualität der Bildungsergebnisse, nicht zuletzt dokumentiert in den internationalen Leistungsvergleichen PISA, TIMSS und IGLU, ist alarmierend schlecht. In Deutschland leben vier Millionen erwachsene Analphabeten und jeder fünfte 15-Jährige ist akut gefährdet, ein Leben lang keine Kompetenzen in den Bereichen des Lesens und Schreibens zu entwickeln.
- eine ineffiziente Verwendung von Mitteln durch Bürokratie und Überregulierung
- eine Unterdrückung individueller Verantwortungsübernahme durch Leistungsträger und Leistungsbereite

- die Konservierung eines Länder-Egoismus und aufgeblähten Verwaltungsstrukturen durch 16 zuständige Ministerien als Produkt eines historischen Bildungsföderalismus.

Das Bildungssystem wird dann auch noch politisch überfrachtet - die jüngsten Stillblüten bekommt man in Hamburg zu sehen, wo die Bildungspolitik der schwarz-grünen Koalition die Leistungsfähigkeit der Gymnasien in Frage stellt und den Elternwillen massiv beschnitten hat. Nicht zuletzt kann das Bürgerbegehren "Wir wollen lernen" deswegen den enormen Zulauf verbuchen.

Hinzu kommt, dass der Staat mit einer Angebotsstruktur operiert, die zwar Lobbybildung von Beschäftigten und Nutzern erzeugt, aber nicht eine am tatsächlichen Bedarf organisierte Nachfrage. Dies verhindere einen effektiven Marktmechanismus und soziale Gerechtigkeit.

Diese nüchterne Bilanz sollte uns aufrütteln und die richtigen Schlüsse ziehen lassen. Roman Herzog hat daraus in seiner bekannten "Ruck-Rede" die folgende Schlussfolgerung gezogen: "Gebt den Schulen endlich die Freiheit!"

Seitdem hat sich in Sachen Freiheit und Wettbewerb für staatliche Schulen allerdings nicht viel bewegt.

Ich möchte den Faden von Roman Herzog aufgreifen und Grundsätze für eine freiheitliche Bildung als sicheres Fundament für eine Bildungsrepublik formulieren:

1. Grundsatz

Bildung neu zu denken heißt vor allem: den Schulen, wie in den Hochschulen bereits geschehen, mehr Eigenverantwortung unter einem Dach von nationalen Qualitätsstandards zu übertragen, beginnend bei der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung.

Dieses Plädoyer für mehr Freiheit und Eigenverantwortung zieht eine nationale Bildungsstrategie nach sich.

Aktuell haben wir es bei der Finanzkrise erlebt: Wer im globalen Wettbewerb der Finanzmärkte keine Spielregeln festlegt, wird verlieren. Längst ist der Wettbewerb um die besten Köpfe keine Frage mehr einer einzelnen Schule, eines einzelnen Bundeslandes oder einer Nation. Heute schon haben wir mit dem Bologna-Abkommen und dem Europäischen Qualifikationsrahmen für die Hochschul- und Berufsausbildung europäische Standards geschaffen, um den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs gewachsen zu sein. Das setzt auch ein national hohes Niveau an gleichwertigen Bildungsstandards voraus. Nicht zuletzt ein Thema für mehr Chancengerechtigkeit, gerade auch für Migranten.

2. Grundsatz

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Bildung. In der Wissensgesellschaft muss lebenslanges Lernen das Paradigma der Bildung sein. Lebenslanges Lernen bedeutet, die gesamte Bildungsbiographie eines Menschen im Blick zu haben. Früher mit dem Lernen zu beginnen und dafür Sorge zu tragen, dass adäquate Lernangebote auch noch im Alter zur Verfügung stehen. Lebenslanges Lernen heißt, Wissen in Bausteinen zu erwerben und kontinuierlich zu erneuern.

3. Grundsatz

Deutschland braucht ein ausfinanziertes Bildungssystem. Mehr öffentliche und private Bildungsinvestitionen sind die Voraussetzung für Wachstum, neue Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Nie zuvor haben die Worte Benjamin Franklins so an Gewicht gewonnen wie heute. Er sagte: "Eine Investition in Wissen bringt die besten Zinsen."

Die Bildungsausgaben in Deutschland sind aber seit Jahren rückläufig. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, investieren Portugal, Polen und Ungarn prozentual inzwischen mehr in Bildung als wir.

Wir brauchen auch Anreizsysteme, damit die privaten Bildungsinvestitionen erhöht werden. Kanada und die USA weisen eine vergleichbare Staatsquote bei der Bildung auf wie Deutschland - doch der Anteil an privaten Investitionen ist fast dreimal so hoch wie bei uns. Damit nehmen beide Länder eine Spitzenposition im OECD-Vergleich ein, während wir bestenfalls im Mittelfeld dümpeln. Warum kann ich heute einen Bausparvertrag, aber keinen Bildungssparvertrag abschließen? Wieso wird Vermögensbildung staatlich gefördert, Investitionen in die Bildungskarriere nicht? Schließlich ist die Rendite enorm: ein Akademiker kann im Durchschnitt auf einen Einkommensvorsprung von 180.000€ rechnen!

4. Grundsatz

Bildung ist Bürgerrecht.

Deswegen muss sie wieder einen hohen Wert in unserer Gesellschaft genießen.

Für den Staat, weil selbstbewusste Bildungsbürger Demokratie und Bürgergesellschaft stärken.

Für die Bürger selbst, weil eine bessere Bildung den Aufstieg erleichtert und sie mit höherem Einkommen davon profitieren.

Bessere Bildungschancen sind die beste Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit. Zu Recht sagen heute namhafte Sozialwissenschaftler: Bildungspolitik ist präventive Sozialpolitik.

5. Grundsatz

Wir brauchen ein flexibles Bildungssystem, dass aus den Fesseln der Bürokratisierung und Überregulierung befreit ist. Ein Bildungssystem, dass durch seine stärkere Durchlässigkeit mehr jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet, eine akademische Ausbildung zu absolvieren.

Wie stellen sich die zu lösenden Aufgaben dar?

1. Bund und Länder müssen sich, unabhängig von Länderegoismen, auf eine nationale Bildungsstrategie verständigen und die vereinbarten Ziele mit Nachdruck verfolgen.

Gerade den Kernthemen

frühkindliche Bildung,
Eigenständigkeit von Schulen,
Ganztagsschulen,
Bildungsfinanzierung und einer
Weiterbildungsoffensive einigen.

muss in der neuen Legislatur die notwendige Aufmerksamkeit zuteil werden. Hier gilt es Nägel mit Köpfen zu machen.

2. Eine Deutsche Bildungskonferenz muss die KMK ablösen.

Die politischen Beratungsgremien des Bundes und der Länder müssen auf ihre Effizienz hin überprüft werden. Die Kultusministerkonferenz (KMK) ist bei politischen Entscheidungen zu unbeweglich. So können wir mit den rasanten internationalen Entwicklungen nicht mithalten.

Die Umsetzung der Föderalismusreform und die neuen Zuständigkeiten im Bildungsbereich erfordern in der Zukunft eine Neuordnung der vorhandenen föderalen Gremienstrukturen: An die Stelle der bisherigen Kultusministerkonferenz soll eine schlank aufgestellte und effiziente

deutsche Bildungskonferenz unter Beteiligung des Bundes treten. Kernaufgabe ist die Selbstorganisation der Bundesländer in Fragen der bundesweiten Mobilität von Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wissenschaftlich Tätigen. Hierzu fordern wir die uneingeschränkte gegenseitige Anerkennung von schulischen und akademischen Qualifikationen zwischen den Bundesländern. Die Bildungskonferenz verantwortet zudem die jährliche Bildungsberichterstattung.

3. Bund und Länder müssen sich bereit erklären, mehr in Bildung zu investieren. Die Ankündigung, 18-Milliarden aus Bundesmitteln für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zeitraum von 2011 bis 2018 aufzulegen, muss substantiell unterfüttert werden. Der Hochschulpakt, der darauf abzielt neue Studienplätze zu schaffen, muss entsprechend flankiert werden. Zum Beispiel mit einem nationalen Stipendienprogramm, in dem jeder Euro der Wirtschaft um einen staatlichen Euro ergänzt wird, um innerhalb von wenigen Jahren die Stipendienzahlen von 2 auf 10% zu erhöhen.

4. Wir brauchen eine Allianz von Familien- und Bildungspolitik.
Frühkindliche Bildung muss zur Schlüsselfrage für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit werden. Die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes muss im Mittelpunkt stehen. Um dies konkret zu befördern, sollte sich die Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten auf folgende Punkte einigen:

- Wir brauchen den Einstieg in die Beitragsfreiheit für Betreuung und Bildung im Vorschulalter, den Anspruch eines jeden Kindes auf einen Bildungsgutschein ab dem ersten vollendeten Lebensjahr, den Eltern bei geeigneten Einrichtungen oder Tageseltern einlösen. Der Gutschein soll in einem ersten Schritt als familienpolitische Leistung des Bundes direkt an die Eltern gegeben werden. Das Betreuungsgeld für Kleinkinder muss endgültig vom Tisch.
- Die Beherrschung der Sprache ist Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Bildungsweg. Dies gilt für alle Kinder, nicht nur für diejenigen mit Migrationshintergrund. Alle Kinder müssen verpflichtend ab 4. Lebensjahr auf ihren sprachlichen Entwicklungsstand geprüft werden. Kinder mit Defiziten müssen vor der Einschulung verbindlich gefördert werden.
- bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards im Bereich der vorschulischen Bildung. Sie helfen, die Arbeit in den Einrichtungen der vorschulischen Bildung weiter zu verbessern, wie z.B. ein "Qualitäts-TÜV" für Kindergärten.
- eine Weiterbildungsoffensive für Erzieher und Erzieherinnen. Künftig brauchen sie eine Hochschulausbildung oder einen entsprechend gleichwertigen Berufsabschluss. Damit müssen gleichzeitig Karriereperspektiven für Männer und Frauen im Erziehungsberuf eröffnet werden.

5. Kein Talent darf brach liegen bleiben. Ziel muss es sein, alle Begabungen zu fördern, den Bildungszugang zu erleichtern und den Bildungsaufstieg durch eine größere Durchlässigkeit des Bildungssystems zu ermöglichen.

Größere Durchlässigkeit bedeutet verstärkte Förderung von Kindern, die nicht ab der 5. Klasse bereits das Gymnasium besuchen, wie Schüler mit Realschulabschluss bei entsprechender Leistung verstärkt zur Hochschulreife zu führen (Ausbau kooperativer Schulformen).

Soziale Selektion ist ein "Armutzeugnis" für das deutsche Bildungssystem.
Wir brauchen eine Offensive für mehr Ganztagsangebote.

Warum ist es nicht möglich, anstatt Eltern Zuschüsse für Mittagsmahlzeiten ihrer Kinder bar auszuzahlen, dass das Bundesarbeitsministerium Gutscheine für Mahlzeiten an Schulen ausstellt?

6. Die ökonomische Grundbildung muss gestärkt werden.
In den Schulen werden grundlegende ökonomische Kenntnisse nicht mehr vermittelt.
Die Stiftung "Warentest" sollte Lehrbücher auf ihren ökonomischen Grundgehalt prüfen.

Grundlegende Fragen der sozialen Marktwirtschaft, wie bilden sich Preise oder wie entsteht ein Arbeitsplatz bzw. wie gründe ich ein Unternehmen, müssen in den Lehrplänen verankert sein. Gleichzeitig sind Lehrpläne von überholtem Wissen zu entrümpeln.

Polytechnischer Unterricht in den Betrieben muss regelmäßig stattfinden.

Dazu braucht es ein Mentoren-Netzwerk, jeder interessierten Schule muss mindestens ein Partner aus der Wirtschaft vermittelt werden.

Zudem wollen wir Hospitationen von Lehrern in Unternehmen und Betrieben im schulischen Umfeld unterstützen. Es hat sich gezeigt, dass die Pädagogen die gewonnenen Einblicke in die "Welt der Wirtschaft" als sehr positiv empfinden, Praxisbezüge und Erfahrungen in den Unterricht einbringen und auch anschließend bei der Vermittlung von Schülerpraktikanten und Auszubildenden viel erfolgreicher sind.

7. Jeder Schüler, der "gestolpert" ist muss eine zweite Chance für einen Abschluss bekommen. Statt Schul- und Ausbildungsabbrecher in die "Warteschleife" der Bundesagentur abzuschieben, kann Eigeninitiative geweckt werden.

Jeder Schüler, der eine zweite Chance braucht, erhält einen Bildungsgutschein, der mit sozialpädagogischer Begleitung gezielt Schul- und Berufsabschluss fördert.

8. Neue Lehrer braucht das Land! Der Beruf des Lehrers und Erziehers muss aufgewertet werden. Die Lehrerausbildung muss modernisiert und internationalen Abschlüssen angepasst sein. Die Ausbildung sollte zweistufig und praxisnah verlaufen und für alle Schulformen mit einem Master enden. Voraussetzung für die Aufnahme eines Lehrerstudiums sollte mindestens ein Praktikum in einer sozialpädagogischen Einrichtung sein. Die Ausbildung zum Erzieher sollte in der Regel mit einem Fachhochschulstudium (Bachelor) abschließen.

Die Qualität der Lehrerfortbildung muss verbessert werden. Investitionen in die Lehrerfortbildung betragen nicht einmal 0,5% des ges. Personalbudgets für den Schulbereich. Der Anteil muss auf 1,5% erhöht werden.

Eine deutliche Steigerung wissenschaftlich begleiteter Weiterbildungsangebote braucht ein Anreizsystem, ähnlich dem Punktesystem für die Weiterbildung von Medizinerinnen. Deshalb sollte neben unterrichtsbegleitenden Maßnahmen ein Fortbildungssemester für jede Lehrerin und Lehrer spätestens alle 10 Jahre stattfinden. So kann es gelingen, sich mit neuester Fachdidaktik und Unterrichtsmethodik vertraut zu machen.

Wir brauchen endlich die bundesweite Anerkennung des Lehrerberufes und keine Zersplitterung in 16 verschiedene Lehrerausbildungsverordnungen.

9. Eine konzertierte Aktion der Bundesregierung mit den Ländern muss dazu führen, dass nach dem niedersächsischen Vorbild, die Schulen mehr Eigenverantwortung, ein eigenes Budget und die Personalentscheidungen übertragen bekommen. Die Schule bestimmt ihr pädagogisches Profil selbst. Die Eltern erhalten echte Wahlfreiheit, indem die Schulbezirke, also Einzugsbereiche, aufgehoben werden.

10. Eine Offensive lebenslanges Lernen muss gestartet werden.

Eine effiziente Weiterbildung muss altersgerechte Angebote zur Verfügung stellen. Die von der Bundesregierung beschlossene Weiterbildungsprämie genügt den Ansprüchen an eine wirksame Förderung in keiner Weise. Die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen in Deutschland liegt mit 7,7% unter dem EU-Durchschnitt von 9,7%. Der jüngste OECD-Bericht offenbarte große Unterschiede mit Blick auf den Bereich der akademischen Weiterbildung. Während in Australien,

Finnland oder Schweden 13 Prozent und mehr der 30 bis 39-Jährigen für ein Vollzeit- oder Teilzeitstudium eingeschrieben sind, sind es in Deutschland gerade einmal 2,5 Prozent. Nach der Türkei und Korea ist das der geringste Wert in der OECD. Bei den über 40-Jährigen ist in Deutschland die Studienteilnahme kaum messbar, Länder wie Belgien, Finnland oder Australien erreichen hier noch Quoten zwischen drei und sechs Prozent.

Es sollte endlich

- Bewusstsein für die Bedeutung von Weiterbildung für die Gesellschaft, die Wirtschaft und den Einzelnen durch bundesweite Kampagnen in der Breite und mit nachhaltiger Wirkung geweckt und entwickelt werden,
- die Bereitschaft und Fähigkeit zum lebenslangen, selbst verantworteten Lernen bereits in der Schul- und Ausbildungsphase verankert sein,
 - möglich sein, zertifizierte Bildungsmodule zu erwerben, die vielfältig kombinierbar sind und dem unterschiedlichen Lernverhalten von jungen und älteren Erwachsenen gleichermaßen Rechnung tragen,
- Bildungssparen als eine Alternative zum Bausparen entwickelt werden.

Wenn die Bildungsrepublik Deutschland Wirklichkeit werden soll, brauchen wir eine "Bildungsrevolution"!

Historisch gesehen fällt das Datum des Bildungsgipfels im Oktober auf einen Zeitpunkt der Zuversicht für eine "Bildungsrevolution" verspricht.

Erinnern wir uns: Am 31. Oktober ist Reformationstag.

Am 4. September 1517 gab Luther zunächst 97 Thesen nur für seine Dozenten-Kollegen heraus, um einen Disput über die gesamte scholastische Theologie unter ihnen in Gang zu bringen. Erst dann verfasste Luther jene Reihe von 95 Thesen, die direkt auf den Ablass Bezug nahmen und die er - glaubt man der auf Philipp Melancthon zurückgehenden Überlieferung - am 31. Oktober am Hauptportal der Schlosskirche in Wittenberg angeschlagen worden.

Jeder von Ihnen weiß, dass die Thesen von Martin Luther damals eine wahre Kulturrevolution in Kirche und Gesellschaft ausgelöst haben.

Warum soll das, was wir als Anspruch an eine Bildungsrepublik erheben, nicht in naher Zukunft Wirklichkeit sein?

Fakt ist, auch wir müssen uns von "alten ideologischen Zöpfen" trennen und neue Wege gehen. Ziel bleibt, den wichtigsten Rohstoff in unserem Land zu heben, das "Gold in den Köpfen".

Vielleicht wird nicht jede These, die wir heute für die neue Bildungsrepublik formulieren, sofort umgesetzt werden. Reformen brauchen aber Mut! Wie sagte schon Luther: Nicht viel lesen, sondern gut Ding viel und oft lesen macht fromm und klug dazu." Mit anderen Worten:

Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche. Bildung hat Vorfahrt!

Oder wie formulierte es heute Bundespräsident Horst Köhler: "Wer an der Bildung spare, spare an der falschen Stelle."

Die Politik weiß was zu tun ist, es ist Zeit zu handeln!